

Funkgebühren . . .

Fortsetzung von Seite 7

geraten. Eine Finanzkrise dieser Anstalten könne jedoch leicht zu einer Krise der ARD insgesamt führen. Der Ministerpräsident bezeichnete die Zweifel an der Sparwilligkeit der Rundfunkanstalten als „nicht begründet“. Wenn man sich auch weitere Verbesserungen vorstellen könnte, seien doch unverkennbare Sparmaßnahmen verwirklicht worden.

Dr. Ottmar Pohl (CDU) sagte, die Argumente der CDU zur Ablehnung des Staatsvertrages seien in dieser Plenardebatte nicht widerlegt worden. Die Zweifel der Opposition an der Sparfähigkeit und Sparwilligkeit der Rundfunkanstalten und die Zweifel an den vorgelegten Zahlen hätten in der Diskussion nicht ausgeräumt werden können. Für den Fall, daß der Staatsvertrag jetzt nicht verabschiedet werde, müsse neu verhandelt werden. Die CDU vertrete die Auffassung, daß die Rundfunkanstalten zumindest im Jahre 1979 noch mit der vorhandenen Finanzkraft ein gutes Programm gestalten könnten. So fände man genügend Zeit, um zu prüfen, ob die Rundfunkanstalten tatsächlich den Willen besäßen, die vom Landtag geforderten Voraussetzungen zu erfüllen. Im weiteren Verlauf machte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion auf die Möglichkeit einer „gespaltenen Gebühr“ aufmerksam. Darüber sei bereits früher diskutiert worden. Die einheitliche Rundfunkgebühr sei keine „heilige Kuh“.

Abrechnungen . . .

Fortsetzung von Seite 12

sprach sich ebenfalls für eine ungeschminkte Öffentlichkeitsarbeit des Ausschusses gerade bei Prüfungsfällen dieser Art aus.

Für eine Fortführung dieser Untersuchung und Ausdehnung des Prüfungsverfahrens auf einen größeren Kreis der Schulen setzte sich Reinhard Roericht (F.D.P.) ein. Nach den gegebenen Umständen hielt er die Art und Weise des Prüfungsverfahrens noch für recht „generös“. Insgesamt war sich der Ausschuß darüber einig, die von ihm zu untersuchenden Fälle nicht zu verallgemeinern, im Einzelfall jedoch exemplarisch durchzugreifen. Roericht stellte mit Befriedigung fest, daß der Landesrechnungshof und das verantwortliche Kultusministerium in diesem Fall an einem „Strang ziehen“. Wie der Vertreter des Kultusministeriums ausführte, ist durch entsprechende Erlasse und verschärfte Kontrollen durch die einzelnen Schulleitungen mit einer Wiederholung dieser Unregelmäßigkeiten „in solch massivem Umfang“ in Zukunft nicht mehr zu rechnen.

Zum Thema Personalbedarfsberechnung in der Landesverwaltung hat der LRH das Modell eines Berechnungssystems vorgelegt. Wie Hans Paumen (CDU) als Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ausführte, liegt damit erstmals ein geschlossenes System zur Berechnung des Personalbedarfs in der Landesverwaltung vor. Auf seinen Vorschlag beschloß der Ausschuß, das Modell zunächst in einem für seine Erprobung notwendigen und zweckmäßigen Rahmen anzuwenden.

Porträt der Woche



Erich Kamp (SPD)

Es ist wohl nicht zu bestreiten: Die einstige Arbeiterpartei SPD wird in ihren Mandatsträgern immer weniger ein Spiegelbild ihres ursprünglichen Anspruchs. In der zur Volkspartei gewandelten Sozialdemokratie sind deshalb Leute wie Erich Kamp eine Rarität.

Der Enddreißiger aus Ennepetal, Jahrgang 1938, verheiratet, Vater einer Tochter, erlernte nach der Volksschule das Kraftfahrzeugmechanikerhandwerk. Nach der Lehre stieg er von der Ölwanne hinter den Lenker um und heuerte beim Keks- und Knabberriesen Brandt in Hagen, 2500 Beschäftigte, an. Heute ist Kamp dort freigestelltes Mitglied des Betriebsrats.

Mit dem Arbeitsplatzwechsel vollzogen sich auch erste Prozesse der politischen Bewußtwerdung. Kamp trat 1958 der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) bei, vier Jahre später stieß er zur SPD.

Eine lokale Parteiveranstaltung, in die er zufällig hineingeriet, gab den Ausschlag für ein Engagement, das über die üblichen innerparteilichen Hierarchie-Stationen inzwischen in den Vorstand des mächtigen SPD-Bezirks Westliches Westfalen und nicht zuletzt in den Landtag führte. Kamp, bedächtig-solider Repräsentant der linken Mitte in der SPD, ist auch durch Zufall an Stellen der Landespolitik geraten, deren Bedeutung im Zusammenspiel ihm erst im nachhinein aufging. Konkret: Er gehört dem Ausschuß für Funktionalreform und zugleich dem Petitionsausschuß an. Und wo der Funktionalreformer Kamp durch Neuverteilung der Aufgaben Vereinfachung und mehr Bürgernähe der Verwaltung erzielen will, leistet er im Petitionsausschuß bei der Bearbeitung der Eingaben von Bittstellern, die sich von sturen Bürokraten umstellt wännen, ganz konkret seinen Entbürokratisierungsbeitrag. Daß er in der notwendigen Aufgabenverteilung im Petitionsausschuß das Verkehrsressort übernahm, versteht sich, nebenbei, von selbst.

Kamp ahnt, daß Entbürokratisierung eine „Aufgabe für viele Jahre“ sei. Wirksame Hilfe für den Bürger gegenüber einer immer mächtiger

werdenden Verwaltung, der man nahezu hilflos ausgeliefert ist, komme ja „so schlecht voran“. Dabei geht es Kamp schlicht darum, „die Dinge für den Bürger überschaubarer zu machen“. Denn wo man den Durchblick hat, da kann man auch seine Rechte wahrnehmen. Die abgedroschene, mittlerweile schon zur Verschleierung gebräuchliche Vokabel von der Bürgernähe kommt Kamp nicht über die Lippen. Kamps Engagement fußt auf einer Erfahrung, die sich aus dem Vergleich zwischen Wirtschaft und Politik ergibt. Aus der Industrie nämlich sei er „schnelle Entscheidungen gewohnt“. In der Landespolitik seien hingegen „die Dinge sehr langfristig zu betrachten“. Und der Zusammenhang von langwierigen demokratischen Entscheidungsprozessen im Parlament und paragraphentreuer Durchführung in der Verwaltung – „das ist für den Bürger schwer zu verstehen“.

Der SPD-Politiker, Absolvent der DGB-Bundesschule, hält sich an seine Selbstverpflichtung. Den Kontakt zum Wähler pflegt er durch Sprechstunden, sonntägliche Früh-schoppen und andere persönliche Begegnungen. Denn es gelte, meint der einstige Jungsozialist, Ratsherr in Ennepetal, „nahe an den Problemen der Bürger dran zu sein“. Und deshalb ist für ihn auch klar: „Ein Abgeordneter darf sich nicht als Oberbürger fühlen.“

Kamp, am 10. Oktober 40 Jahre alt, mit leichten Stimmverlusten an die CDU, aber immer noch sicher direkt nach Düsseldorf gewählt, sitzt denn auch nicht auf dem hohen Roß. Durchgehende Pferdestärken weiß er als Kraftfahrzeugmechaniker zu zügeln. Und sein eigenes Auto repariert er immer noch selbst.

Bernd Kleffner